

I. Vorüberlegungen

a) Abgrenzung SGB II und SGB XII

Anspruchsvoraussetzungen – Geltungsbereich des SGB II

Im SGB II wird in zwei wesentliche Leistungsarten unterschieden. Ansprüche auf *Leistungen zur Eingliederung in Arbeit* ergeben sich aus §§14ff. SGB II und Ansprüchen auf *Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes* sind in §§19ff. SGB II geregelt.

Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts

Im Rahmen der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts kommt vorrangig (§ 5 Abs. 2 Satz 1 SGB II, § 21 Satz 1 SGB XII) die Grundsicherung für Arbeitsuchende (§ 19a SGB I) in Frage. Die Leistungen umfassen nach Kapitel 3 Abschnitt 2 SGB II u. a. das Arbeitslosengeld II (§ 19 Abs. 1 Satz 1 SGB II) und das Sozialgeld (§ 19 Abs. 1 Satz 2 SGB II).

Der Anspruch auf **ALG II** ergibt sich aus §7 Abs. 1 Satz 1 iVm §19 Abs. 1 Satz 1 SGB II und setzt u.a. die Erwerbsfähigkeit des Antragstellers voraus.

Sozialgeld hingegen erhält gemäß §7 Abs. 2 Satz 1 iVm Abs. 3 SGB II iVm §19 Abs. 1 Satz 2 SGB II, wer selbst kein erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (eLb) ist, aber mit diesem in einer Bedarfsgemeinschaft i.S.v. §7 Abs. 3 SGB II lebt.

Anspruchsvoraussetzungen – Geltungsbereich des SGB XII

Das Sozialhilferecht unterscheidet die in §8 SGB XII aufgeführten Leistungsarten. Bestandteil des SGB XII sind u.a. die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU). Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§41-56a SGBXII) sowie bei der HLU (§§27-40 SGB XII) geht es um die Deckung des allgemein notwendigen Lebensunterhaltes, dieser umfasst nach §27 Abs. 1 SGB XII insbesondere Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens.

Sozialhilfe

Leistungsberechtigt für die **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** ist gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 SGB XII, wer die Altersgrenze erreicht oder dauerhaft erwerbsgemindert (vgl. §41 Abs. 3 SGB XII) ist. Die Bedarfe ergeben sich aus § 42 SGB XII.

Anspruch auf **HLU** besteht laut § 19 Abs. 1 SGB XII, wenn Personen aufgrund von Krankheit voraussichtlich länger als 6 Monate außer Stande sind mindestens 3 Stunden täglich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erwerbstätig zu sein. Es darf sich hier nicht um eine beständige dauerhafte Erwerbsminderung handeln.

b) Zuordnung der Personen

Fraglich ist demnach zunächst nach welchem Buch sich der Anspruch auf die Leistungen für [...] ergeben könnte.

Nachfragende Person – [...]

Erwerbsfähigkeit

Im Einzelnen ist gemäß § 8 Abs. 1 SGB II erwerbsfähig, wer nicht wegen Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außer Stande ist, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein.

[...]

Altersgrenze

Gemäß §7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB II hat Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II, wer das 15. Lebensjahr vollendet hat und die Altersgrenze nach § 7a SGB II noch nicht erreicht hat.

[...]

Demnach können sich die Ansprüche für [...] nur aus dem SGB [...] ergeben.

Weitere im Haushalt lebende Personen:

Erwerbsfähigkeit

Altersgrenze

Demnach können sich die Ansprüche für [...] nur aus dem SGB [...] ergeben.

Prüfung nach SGB II

Fraglich ist, ob [...] einen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach §19 Abs. 1 SGB II iVm §7 Abs. 1 SGB II hat. Ein Anspruch auf ALG II besteht, wenn [...] die Tatbestandsvoraussetzungen aus §7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 4 SGB II kumulativ erfüllt.

II. Leistungsberechtigung nach §7 Abs. 1 SGB II

Erfüllt [...] die Tatbestandsvoraussetzungen des §7 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 SGB II, so handelt es sich bei [...] um einen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb). Daraus ergäbe der grundsätzliche Anspruch auf ALG II, soweit [...] keinem Ausschlussstatbestand i.S.v. §7 Abs. 1 Satz 2 SGB II unterliegt.

a. Altersgrenze i.S.v. §7 Abs. 1 Nr. 1 SGB II

Nachfragende Person – [...]

Laut SV hat [...] das 15. Lebensjahr vollendet und erreicht die Altersgrenze i.S.d. §7a SGB II nicht.

Weitere im Haushalt lebende Personen:

Laut SV hat [...] das 15. Lebensjahr vollendet und erreicht die Altersgrenze i.S.d. §7a SGB II nicht.

b. Erwerbsfähigkeit i.S.v. §7 Abs. 1 Nr. 2 SGB II

Nachfragende Person – [...]

[...]

- *Da im Sachverhalt keine Hinweise auftauchen, die gegen eine Erwerbsfähigkeit von [...] sprechen würden, wird davon ausgegangen, dass [...] erwerbsfähig ist.*

Weitere im Haushalt lebende Personen:

[...]

- *[...] ist also erwerbsunfähig. Aufgrund der Erwerbsunfähigkeit kann dementsprechend kein Anspruch mehr auf ALG II bestehen. Möglicherweise ergibt sich jedoch ein Anspruch aus dem SGB XII.*

c. Gewöhnlicher Aufenthalt i.S.v. §7 Abs. 1 Nr. 4 SGB II

Aus § Abs. 1 Nr. 4 SGB II ergibt sich die Voraussetzung des gewöhnlichen Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland. Fraglich ist jedoch, wie weit der Begriff des *gewöhnlichen Aufenthalts* i.S.d. SGB gefasst ist. Nach §30 Abs. 3 Satz 2 SGB I befindet sich der gewöhnliche Aufenthalt jemandes dort, wo er sich unter Umständen auffällt, die erkennen lassen, dass er an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorübergehend verweilt.

[...]

- *Aufgrund mangelnder Hinweise im Sachverhalt auf gegenteilige Behauptungen, wird davon ausgegangen, dass [...] Aufenthalt sich in der Bundesrepublik Deutschland befindet.*
- *[...] gewöhnlicher Aufenthalt befindet sich nicht in der Bundesrepublik Deutschland. Dementsprechend kann kein Anspruch auf ALG II oder andere o.g. Leistungen bestehen. Aufgrund der Vollständigkeit wird im Folgenden ein Hilfsgutachten angefertigt.*

d. Hilfebedürftigkeit i.S.v. §7 Abs. 1 Nr. 3 SGB II

Gemäß § 9 Abs. 1 SGB II ist hilfebedürftig, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann und die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder Trägern anderer Sozialleistungen erhält.

Letzteres ist wiederum Ausdruck der Subsidiarität der Leistungen nach dem SGB II. Nach Maßgabe von § 9 Abs. 2 SGB II ist die Hilfebedürftigkeit unter Berücksichtigung des Bedarfs der gesamten Bedarfsgemeinschaft zu ermitteln. Letzteres folgt erst aus § 9 Abs. 2 SGB II, ob und inwieweit ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft angesichts eigenen und fremden Einkommens und Vermögens bedürftig ist.

(1) Bedarfsgemeinschaft i.S.d. §7 Abs. 3 SGB II

Personen, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen i.S.v. §7 Abs. 3 SGB II in einer Bedarfsgemeinschaft (BDG) leben und selbst hilfebedürftig sind, erhalten gemäß § 7 Abs. 2 SGB II Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Praktisch betrifft dies in erster Linie den Partner und die Kinder des Hilfebedürftigen.

Hier lebt [...] gemäß SV [...]

Kind [...]

Kinder in diesem Sinn sind alle unverheirateten erwerbsfähigen Kinder bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres. Sie bilden daher erst mit Vollendung des 25. Lebensjahres eine eigene Bedarfsgemeinschaft, was insbesondere für die Höhe der Regelleistung nach §20 Abs. 2 Satz 2 SGB II unter angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung und für die Anrechnung von Einkommen und Vermögen bedeutsam ist.

Partner [...]

Partner im Sinne des § 7 Abs. 3 Nr. 3 SGB II ist u.a. der nicht dauernd getrenntlebende Ehegatte oder Lebenspartner sowie eine Person, die mit dem erwerbsfähigen hilfebedürftigen in eheähnlicher Gemeinschaft lebt.

Hier [...]

Ergebnis Bedarfsgemeinschaft: [...]

- *Im hier vorliegenden Fall bilden also [...] eine BDG i.S.v. §7 Abs. 3 Nr. [...] SGB II*
- *Da [...], bilden sie keine BDG im i.S.v. §7 Abs. 3 SGB II.*

Haushaltsgemeinschaft nach §9 Abs. 5 SGB II

Weiterhin könnten [...] und [...] in einer Haushaltsgemeinschaft nach §9 Abs. 5 SGB II leben. Voraussetzung für eine Haushaltsgemeinschaft ist gemäß dem SGB II eine Wirtschaftsgemeinschaft, deren Bestehen allerdings beim Zusammenleben in einem gemeinsamen Haushalt nicht vermutet wird. Fraglich ist hier also, ob [...] und [...] gemeinsam wirtschaften.

Aus dem SV geht hervor, [...]

Im Übrigen erfasst die Vorschrift zu Haushaltsgemeinschaft im SGB II nur Verwandte und verschwägerte. Andere Personenbeziehungen haben keine Bedeutung.

Ergebnis Haushaltsgemeinschaft: [...]

Wohngemeinschaft

Der Begriff der Haushaltsgemeinschaft ist von dem Begriff der Wohngemeinschaft klar abzugrenzen. Bei der Haushaltsgemeinschaft wird ein gemeinsamer Haushalt geführt. Bei der Wohngemeinschaft fehlt bereits eine gemeinsame Haushaltsführung. Grundsätzlich wird getrennt gewirtschaftet. Einheitlich anfallende Kosten werden anteilig aufgebracht. In einer Wohngemeinschaft lebende Personen haben keinen gegenseitigen Verantwortungswillen.

[...]

Ergebnis Wohngemeinschaft: Laut SV wirtschaften [...] und [...] getrennt, sie bilden also nur eine Wohngemeinschaft, was dazu führt, dass sie einander zu keinerlei Kostendeckung verpflichtet sind

(2) Anspruch → Bedarf – (Einkommen + Vermögen)

Das ALG II umfasst den in § 20 SGB II geschriebenen Regel Bedarf zur Sicherung des Lebensunterhaltes, Leistungen für mehr Bedarfe beim Lebensunterhalt nach Maßgabe von § 21 SGB II sowie die Kosten für Heizung und Unterkunft nach Maßgabe von § 22 SGB II. Letztere werden, soweit sie angemessen sind, in tatsächliche Höhe erstattet. Fraglich ist also im Folgenden, wie hoch der Bedarf von [...] ist.

(3) Bedarfsermittlung

	ALG II	[Person]	Sozialgeld	[Person]
Anspruchsgrundlage	§19 I 1 SGB II		§ 19 I 2 SGB II	
Regelbedarf	§ 20 II-IV SGB II		§ 23 Nr.1 SGB II	
Mehrbedarfe	§ 21 SGB II		§ 23 Nr. 2-4 SGB II	
Unterkunft und Heizung	§ 22 SGB II			
Bildung und Teilhabe	§ 28, 29 SGB II			
Einmalige Bedarfe	§ 24 SGB II			
Sonstiges	§§ 25-27 SGB II			
Ergebnis				

*[...] hat einen Bedarf auf **ALG II** nach § 19 Absatz 1 Satz 1 SGB II iVm [...] i.H.v. [...] Euro.*

*[...] hat einen Bedarf auf **Sozialgeld** nach § 19 Absatz 1 Satz 2 SGB II iVm [...] i.H.v. [...] Euro.*

(4) Einkommens- und Vermögensanrechnung

Verfügt der Leistungsberechtigte über zu berücksichtigendes Einkommen oder Vermögen hat er dieses zunächst einzusetzen, bevor er Leistungen i.S.d. SGB II in Anspruch nehmen kann.

Fraglich ist also, ob die Mitglieder der BGD über anrechenbares Einkommen und/oder Vermögen verfügen.

Einkommen

Zum Einkommen zählen gemäß § 11 Abs. 1 Satz 1 SGB II grundsätzlich alle Einnahmen in Geld oder Geldwert abzüglich der nach § 11b SGB II abzuziehenden Beträge unter Ausnahme der in § 11a SGB II aufgezählten privilegierten Einkünfte.

	ALG II	[Person]	Sozialgeld	[Person]
Einkommen	§ 11 I SGB II		§ 11 I SGB II	
Nicht zu berücksichtigendes EK	§ 11a SGB II		§ 11a SGB II	
Absetzbeträge	§ 11b SGB II § 6 I ALG II-V		§ 11b SGB II	
Fremdes Einkommen	§ 9 II und V SGB II		§ 9 II und V SGB II	
Ergebnis				

[...] hat ein bereinigtes Einkommen gemäß § 11 Abs. 1 SGB II von [...] Euro.

[...] hat ein bereinigtes Einkommen gemäß § 11 Abs. 1 SGB II von [...] Euro.

Vermögen

Darüber hinaus sind gemäß § 12 Abs. 1 SGB II alle verwertbaren Vermögensgegenstände als Vermögen zu berücksichtigen. Eine Ausnahme bildet das in § 12 Abs. 3 SGB II aufgeführte sogenannte Sondervermögen. Von dem danach an sich berücksichtigungsfähigen Gesamtvermögen sind die in § 12 Abs. 2 SGB II enumerativ aufgezählten Freibeträge abzuziehen.

	ALG II	[Person]	Sozialgeld	[Person]
Vermögen	§ 12 I SGB II		§ 12 I SGB II	
Abzusetzende Beträge	§ 12 II SGB II		§ 12 II SGB II	
Nicht zu berücksichtigendes Vermögen	§ 12 III SGB II		§ 12 III SGB II	
Ergebnis				

[...] hat ein bereinigtes Vermögen gemäß § 12 Abs. 1 SGB II von [...] Euro.

[...] hat ein bereinigtes Vermögen gemäß § 12 Abs. 1 SGB II von [...] Euro.

(5) Rechnung

	[Person]	[Person]
Bedarf nach § 19 I SGB II		
Einkommen nach § 11 I SGB II		
Vermögen nach § 12 I SGB II		
Ergebnis		

Der Bedarf von [...] übersteigt sein Einkommen und Vermögen um [...] Euro.

Ergebnis Hilfebedürftigkeit:

- [...] ist hilfebedürftig i.S.d. §7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB II.
- [...] ist nicht hilfebedürftig i.S.d. §7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB II.

e. Ausschlussgründe

Ausgeschlossen sind Personen, die in einer stationären Einrichtung untergebracht sind und Personen, die Altersrente beziehen § 7 Abs. 4 SGB II. Ebenso erhält gemäß §7 Abs. 4a SGB II keine Leistungen, wer sich ohne Zustimmung seines persönlichen Ansprechpartners außerhalb des in der Erreichbarkeit an Ordnung definierten Zeit und ortsnahen Bereichs aufhält. Hierdurch wird ein Element der für die Gewährung von Arbeitslosengeld nach dem SGB III erforderlichen Voraussetzungen der Verfügbarkeit in das SGB II übernommen, ohne dass aber die Verfügbarkeit an sich eine Leistungsvoraussetzung wäre. Auszubildende deren Ausbildung dem Grund nach förderungsfähig nach dem BAföG oder nach den §§ 51, 57, 58 SGB III ist, erhalten grundsätzlich ebenfalls keine Leistungen nach dem SGB II (§7 Abs. 5 SGB II).

Im Sachverhalt befinden sich keine Hinweise auf mögliche Ausschlussgründe.

Ergebnis Leistungsberechtigung nach §7 Abs. 1 SGB II:

*[...] hat einen Anspruch auf **ALG II** nach § 19 Abs. 1 Satz 1 SGB II in Höhe von [...] Euro.*

ODER

*[...] hat einen Anspruch auf **Sozialgeld** nach § 19 Abs. 1 Satz 2 SGB II in Höhe von [...] Euro.*

Prüfung nach SGB XII

I. Vorüberlegungen

Wie oben bereits erwähnt, gehören zu den Leistungen des SGB XII (Sozialhilfe) unter anderem die HLU und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung i.S.v. §§41 Abs. 1 bis 46a SGB XII ergeben sich aus §42 SGB XII. Sie sichern den Lebensunterhalt für Personen, die entweder die (Renten-) Altersgrenze erreicht haben oder aber das 18. Lebensjahr vollendet haben und voraussichtlich dauerhaft (= länger als 9 Jahre gem. §41 Abs. 3 SGB XII iVm §102 Abs. 5 Satz 5 SGB VI) voll erwerbsgemindert i.S.d. §§19 Abs. 2 Satz 1 iVm 41 Abs. 1 SGB XII sind. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entsprechen denen der HLU nach den §§ 27ff. SGB XII, gehen ihnen jedoch gem. § 19 Abs. 2 Satz 3 SGB XII vor.

Grundsicherung im Alter

Weitere im Haushalt lebende Person [...]:

Wie oben bereits subsumiert, ist [...] laut Sachverhalt [...] Jahre alt und hat gemäß Graphen Zeichen 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB II damit das 15. Lebensjahr vollendet. Jedoch hat [...] die Altersgrenze i.S.v. § 7a SGB II erreicht. Damit entfällt ein Anspruch auf ALG II gemäß § 19 Abs. 1 Satz 1 SGB II.

I. Leistungsberechtigung nach §19 Abs. 2 SGB XII iVm §41 Abs. 1 und Abs. 2 SGB XII

Grundsicherung im Alter

Erfüllt [...] die Tatbestandsvoraussetzungen des §19 Abs. 2 SGB XII iVm §41 Abs. 1 und Abs. 2 SGB XII, ergäbe sich daraus der Anspruch auf Grundsicherung im Alter.

a. Altersgrenze i.S.v. § 41 Abs. 2 SGB II

Laut SV ist [...] Jahre alt und hat demnach die Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII erreicht.

b. Gewöhnlicher Aufenthalt §41 Abs. 1 SGB XII iVm §30 Abs. 3 Satz 2 SGB I

[...]

c. Hilfebedürftigkeit i.S.v. §41 Abs. 1 SGB XII

Hilfebedürftig i.S.d. § 41 Abs. 1 SGB XII ist, wer seinen notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus Einkommen und Vermögen nach § 43 SGB XII bestreiten können.

Die Voraussetzungen nach § 19 Abs. 2 SGB XII iVm § 41 Abs. 1 und 2 SGB XII sind erfüllt, sofern sich in der Folgeprüfung eine Hilfebedürftigkeit und somit ein Anspruch auf **Grundsicherung im Alter** ergibt.

ODER

Grundsicherung im bei Erwerbsminderung

Erfüllt [...] die Tatbestandsvoraussetzungen des §19 Abs. 2 SGB XII iVm §41 Abs. 1 und Abs. 3, 3a SGB XII, ergäbe sich daraus der Anspruch auf Grundsicherung bei Erwerbsminderung.

a. Altersgrenze i.S.v. § 41 Abs. 2 SGB II

Laut SV ist [...] Jahre alt und hat demnach die Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII nicht erreicht.

b. Erwerbsfähigkeit

Aufgrund der nicht Überschreitung der Altersgrenze könnte sich der Anspruch für [...] aus einer Erwerbsunfähigkeit ergeben.

Aus dem SV geht hervor, dass [...]

[...] ist also aufgrund der [Krankheit oder Behinderung] für eine absehbare Zeit außerstande, Unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes täglich mindestens 3 Stunden erwerbstätig zu sein. [...] ist also erwerbsunfähig und erfüllt somit die Tatbestandsvoraussetzungen des § 7 Abs. 1 SGB II durch die Nichterfüllung des §7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II nicht kumulativ. Sein Anspruch auf ALG II entfällt, woraufhin er nun einen **Anspruch aufgrund von Erwerbsminderung** nach § 19 Abs. 2 SGB XII iVm § 41 Abs. 1 und 3 bzw. 3a SGB XII haben könnte.

c. Gewöhnlicher Aufenthalt §41 Abs. 1 SGB XII iVm §30 Abs. 3 Satz 2 SGB I

[...]

d. Hilfebedürftigkeit i.S.v. §41 Abs. 1 SGB XII

Hilfebedürftig i.S.d. § 41 Abs. 1 SGB XII ist, wer seinen notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus Einkommen und Vermögen nach § 43 SGB XII bestreiten können.

Die Voraussetzungen nach § 19 Abs. 2 SGB XII iVm § 41 Abs. 1 und 3 bzw. 3a SGB XII sind erfüllt, sofern sich in der Folgeprüfung eine Hilfebedürftigkeit und somit ein Anspruch bei **Erwerbsminderung** ergibt. **UND**

(1) Haushaltsgemeinschaft i.S.d.§39 Satz 1 SGB XII

§ 39 SGB XII enthält in Satz 1 und Satz 2 eine doppelte gesetzliche Vermutung. Zum einen wird vermutet, dass Personen, die zusammen in einer Wohnung oder entsprechenden anderen Unterkünften leben, auch zusammen wirtschaften und damit einer Haushaltsgemeinschaft bilden.

Zum anderen wird vermutet, dass eine Leistungsberechtigte Person von der anderen in einer solchen Haushaltsgemeinschaft auch Leistungen zum Lebensunterhalt erhält. Diese Vermutungen können wiederlegt werden, wenn der Leistungsberechtigte selbst glaubhaft erklärt, dass er keine Leistungen erhält.

Mögliche Ausschlussgründe für das Vorliegen einer Haushaltsgemeinschaft sind in § 39 Satz 3 Nr. 1 und 2 SGB XII geregelt. Demnach zählen Schwangere oder Personen, die ihr leibliches Kind bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres betreuen und nur mit ihren Eltern oder einem Elternteil zusammenleben ausgeschlossen. Weiterhin ausgeschlossen sind Personen, die im Sinne des § 99 SGB IX in Fähigkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft immer hässlichen Maße eingeschränkt sind oder im Sinne des § 61 A pflegebedürftig sind und von den in Satz 1 genannten Personen betreut werden.

Fraglich ist hier also, ob [...] und [...] im vorliegenden Fall eine Haushaltsgemeinschaft im Sinne des § 39 Satz 1 SGB XII bilden.

[...]

- *Im vorliegenden Fall bilden [...] und [...] eine Haushaltsgemeinschaft, demnach ist auch das Vermögen und Einkommen der im Haushalt lebenden Personen gemäß § 39 Satz 1 SGB XII zu berücksichtigen.*
- *Im vorliegenden Fall bilden [...] und [...] keine Haushaltsgemeinschaft, demnach muss auch das Vermögen und Einkommen von [...] nicht berücksichtigt werden.*

(2) Bedarfsermittlung

	Grundsicherung im Alter	[Person]	Bei voller Erwerbsminderung	[Person]
Anspruchsgrundlage	§ 41 I, II SGB XII		§ 41 I, III, IIIa SGB XII	
Regelbedarf	§ 42 Nr. 1 SGB XII iVm Anlage zu § 28		§ 42 Nr. 1 SGB XII iVm Anlage zu § 28	
Mehrbedarfe	§ 42 Nr. 2 iVm § 42b iVm § 30 SGB XII		§ 42 Nr. 2 iVm § 42b iVm § 30 SGB XII	
Unterkunft und Heizung	§ 42 Nr. 4 iVm § 35 SGB XII		§ 42 Nr. 4 iVm § 35 SGB XII	
Bildung und Teilhabe	§ 42 Nr. 3 iVm § 34 SGB XII		§ 42 Nr. 3 iVm § 34 SGB XII	
Einmalige Bedarfe	§ 42 Nr. 2 iVm § 31 SGB XII § 42 Nr. 5 iVm § 37 SGB XII		§ 42 Nr. 2 iVm § 31 SGB XII § 42 Nr. 5 iVm § 37 SGB XII	
Sonstiges	§ 42 Nr. 2 iVm §§ 32,33 SGB XII		§ 42 Nr. 2 iVm §§ 32,33 SGB XII	
Ergebnis				

[....] hat einen Bedarf nach § 41 Abs. 1 und 2 SGB XII Grundsicherung im Alter aufEuro.

ODER

[....] hat einen Bedarf nach § 41 Abs. 1 und 3 bzw. 3a SGB XII bei Erwerbsminderung auf Euro.

(3) Einkommens- und Vermögensanrechnung

Das zu berücksichtigende Einkommen ergibt sich aus § 41 Abs. 1 iVm § 82 Abs. 1 SGB XII und bezeichnet alle Geldeinnahmen abzüglich der benannten Ausnahmen sowie den unter Abs. 2 und 3 abzusetzenden Einkommen und nicht berücksichtigungsfähigem Einkommen nach §§ 82 Absatz 1, 83 und 84 SGB XII.

Einkommen

	Grundsicherung Alter	[Person]	Erwerbsminderung	[Person]
Einkommen	§ 41 I iVm §82 I SGB XII		§ 41 I iVm §82 I SGB XII	
Nicht zu berücksichtigendes EK	§ 82 I, 83, 84 SGB XII		§ 82 I,83,84 SGB XII	
Absetzbeträge	§ 82 II, III SGB XII		§ 82 II, III SGB XII	
Fremdes Einkommen	§§ 39, 43 SGB XII		§§ 39, 43 SGB XII	
Ergebnis				

[...] hat ein bereinigtes Einkommen gemäß § 41 Abs. 1 iVm § 82 Abs. 1 SGB XII von Euro.

Vermögen

Das zu berücksichtigende Vermögen ergibt sich aus § 90 Abs. 1 SGB XII und beinhaltet alle verwertbaren Vermögensgegenstände abzüglich des nach § 90 Abs. 3 SGB XII abzusetzenden Vermögen und nicht berücksichtigungsfähiges Vermögen nach § 90 Abs. 2 SGB XII.

	Grundsicherung Alter	[Person]	Erwerbsminderung	[Person]
Vermögen	§ 90 I SGB XII		§ 90 I SGB XII	
Abzusetzende Beträge	§ 90 III SGB XII		§ 90 III SGB XII	
Nicht zu berücksichtigendes Vermögen	§ 90 II SGB XII VO zu § 90 II Nr. 9 SGB XII		§ 90 II SGB XII VO zu § 90 II Nr. 9 SGB XII	
Unterhaltungspflichtige Dritter	§ 94 Ia SGB XII		§ 94 Ia SGB XII	
Ergebnis				

[...] hat ein bereinigtes Vermögen gemäß § 90 Abs. 1 SGB XII von Euro.

(4) Rechnung

	[Person]	[Person]
Bedarf nach § 41 I, II SGB XII oder § 41 I, III, IIIa SGB XII		
Einkommen nach § 41 I iVm §82 I SGB XII		
Vermögen nach § 90 I SGB XII		
Ergebnis		

Der Bedarf von [...] übersteigt sein Einkommen und Vermögen um [...] Euro.

Ergebnis Hilfebedürftigkeit:

- [...] ist hilfebedürftig i.S.d. §41 Abs. 1 SGB XII.
- [...] ist nicht hilfebedürftig i.S.d. §41 Abs. 1 SGB XII.

Ergebnis Leistungsberechtigung:

[...] hat einen Anspruch nach § 19 Abs. 2 SGB XII iVm § 41 Abs. 1 und 2 SGB XII auf **Grundsicherung im Alter** in Höhe von Euro.

ODER

[...] hat einen Anspruch nach § 19 Absatz 2 SGB XII iVm § 41 Abs. 1 und Abs. 3 bzw. 3a SGB XII bei **Erwerbsminderung** in Höhe von Euro.

Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)

HLU erhält laut § 19 Abs. 1 SGB XII, wer seinen notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, vor allem aus seinem Einkommen und Vermögen beschaffen kann. Bezweckt ist die Sicherung des durch die allgemeine Lebensführung entstehenden Grundbedarfs. Vor dem Hintergrund des Subsidiaritätsprinzips wird Hilfe zum Lebensunterhalt im Grundsatz erst geleistet, wenn der bedürftige durch den Einsatz seines gesamten Einkommens und Vermögens versucht hat seine Notlage zu überwinden.

I. Leistungsberechtigung nach § 19 Absatz 1 SGB XII iVm § 27 Absatz 1 SGB XII

Fraglich ist, ob [...] Anspruch auf HLU gemäß § 19 Absatz 1 SGB XII iVm § 27 Absatz 1 SGB XII hat.

a. Altersgrenze i.S.v. § 41 Abs. 2 SGB II

Laut SV ist [...] Jahre alt und hat demnach die Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII nicht erreicht.

b. Erwerbsfähigkeit

Aufgrund der nicht Überschreitung der Altersgrenze könnte sich der Anspruch für [...] aus einer Erwerbsunfähigkeit ergeben.

Aus dem SV geht hervor, dass [...]

[...] ist also aufgrund der [Krankheit oder Behinderung] voraussichtlich länger als sechs Monate außer Stande mindestens 3 Stunden täglich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erwerbstätig zu sein. Es darf sich hier jedoch nicht um eine bestätigte dauerhafte Erwerbsminderung handeln. Aus dem Sachverhalt geht hervor, dass es sich nicht um eine dauerhafte Erwerbsminderung handelt. Der Geltungsbereich für die HLU ist dementsprechend eröffnet.

c. Gewöhnlicher Aufenthalt §41 Abs. 1 SGB XII iVm §30 Abs. 3 Satz 2 SGB I

[...]

d. Hilfebedürftigkeit i.S.v. §27 Abs. 1 SGB XII

Hilfebedürftig i.S.d. § 27 Abs. 1 SGB XII ist, wer den notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln bestreiten kann. Eigene Mittel sind insbesondere das eigene Einkommen und Vermögen nach § 27 Abs. 2 SGB XII.

(1) Einsatzgemeinschaft i.S.d. §27 Abs. 2 Satz 3 SGB XII

Gemäß § 19 Abs. 1, 27 Abs. 2 Satz 2, 3 SGB XII leben getrennte Eheleute oder Lebenspartner sowie minderjährige und verheiratete Kinder die dem Haushalt angehören in einer Einsatzgemeinschaft.

Fraglich ist, ob im vorliegenden Fall eine Einsatzgemeinschaft i.S.d. § 19 Abs. 1, 27 Abs. 2 Satz 2, 3 SGB XII vorliegt.

Im vorliegenden Fall liegt eine Einsatzgemeinschaft vor, demnach sind auch das Einkommen und Vermögen der im Haushalt lebenden Person gemäß § 27 Abs. 2 Satz 3 SGB XII zu berücksichtigen.

- Im vorliegenden Fall besteht eine Einsatzgemeinschaft. Das Einkommen und Vermögen von [...] ist dementsprechend zu berücksichtigen.
- Im vorliegenden Fall besteht keine Einsatzgemeinschaft.

(2) Bedarfsermittlung

	HLU	[Person]
Anspruchsgrundlage	§ 27 I SGB XII	
Regelbedarf	§ 27a I,II SGB XII iVm Anlage zu § 28	
Mehrbedarfe	§ 30 SGB XII	
Unterkunft und Heizung	§ 35 SGB XII	
Bildung und Teilhabe	§ 34 SGB XII	
Einmalige Bedarfe	§ 31 SGB XII, § 37 SGB XII	
Sonstiges	§§ 32,33 SGB XII	
Ergebnis		

[....] hat einen Bedarf nach § 27 Abs. 1 SGB XII Hilfe zum Lebensunterhalt aufEuro.

(3) Einkommens- und Vermögensanrechnung

Einkommen

Das zu berücksichtigende Einkommen ergibt sich aus § 27 Abs. 1 iVm § 82 Abs. 1 SGB XII und bezeichnet alle Geldeinnahmen abzüglich der benannten Ausnahmen sowie den unter Abs. 2 und 3 abzusetzendem Einkommen und nicht berücksichtigungsfähigem Einkommen nach §§ 82 Abs. 1, 83 und 84 SGB XII.

	HLU	[Person]
Einkommen	§ 27 II iVm §82 I SGB XII	
Nicht zu berücksichtigendes EK	§ 82 I, 83, 84 SGB XII	
Absetzbeträge	§ 82 II, III SGB XII	
Fremdes Einkommen	§§ 39 SGB XII	
Ergebnis		

[...] hat ein bereinigtes Einkommen gemäß § 27 Abs. 2 iVm § 82 Abs. 1 SGB XII von Euro.

Vermögen

Das zu berücksichtigende Vermögen ergibt sich aus § 27 Abs. 2 iVm § 90 Abs. 1 SGB XII und beinhaltet alle verwertbaren Vermögensgegenstände abzüglich des nach § 90 Abs. 3 SGB XII abzusetzenden Vermögen und nicht berücksichtigungsfähiges Vermögen nach § 90 Abs. 2 SGB XII.

	HLU	[Person]
Vermögen	§ 90 I SGB XII	
Abzusetzende Beträge	§ 90 III SGB XII	
Nicht zu berücksichtigendes Vermögen	§ 90 II SGB XII VO zu § 90 II Nr. 9 SGB XII	
Unterhaltungspflichtige Dritter	§ 94 Ia SGB XII	
Ergebnis		

[...] hat ein bereinigtes Vermögen gemäß § 90 Abs. 1 SGB XII von Euro.

(4) Rechnung

	[Person]	[Person]
Bedarf nach § 27 I SGB XII		
Einkommen nach § 27 II iVm §82 I SGB XII		
Vermögen nach §27 II iVm § 90 I SGB XII		
Ergebnis		

Ergebnis Hilfebedürftigkeit:

- [...] ist hilfebedürftig i.S.d. §27 Abs. 1 SGB XII.
- [...] ist nicht hilfebedürftig i.S.d. §27 Abs. 1 SGB XII.

Ergebnis Leistungsberechtigung:

[...] hat einen Anspruch nach § 19 Abs. 1 SGB XII iVm § 27 Abs. 1 SGB XII auf **Hilfe zum Lebensunterhalt** in Höhe von Euro.